



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Newsletter

Newsletter aus dem Landtag von Bernhard Seidenath, MdL, 22.05.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

eine gute Gesundheitsversorgung in allen Teilen Bayerns, mehr Prävention und eine moderne und menschliche Pflege – Gesundheitsministerin Melanie Huml gab in ihrer Regierungserklärung Antworten auf wichtige Zukunftsfragen im Bereich Gesundheit und Pflege.

Zum Thema „Moderner Staat“ hatte die CSU-Fraktion diese Woche Politprominenz zu Gast: der ehemalige bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber gab einen Einblick in seine Arbeit als Sonderberater der EU-Kommission und diskutierte mit uns über das richtige Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Mehr dazu in meinem Newsletter!

Brauchen wir in Bayern Kifferstuben? Diese Frage beschäftigte die CSU-Landtagsfraktion in den letzten Sitzungen und wurde mit einem klaren NEIN beantwortet. Die Pressemitteilung dazu im Wortlaut lesen Sie im vorletzten Artikel meines heutigen Newsletters.

Im letzten Artikel informiere ich Sie, mit einem Brief von Finanzminister Dr. Markus Söder im Wortlaut, über die Arbeit und die Ergebnisse der SKE „Sonderkommission schwerer Steuerbetrug“.

Nun wünsche ich Ihnen wieder eine gedeihliche und interessante Lektüre, ruhige Pfingsttage und wenn Sie verreisen, eine sichere Fahrt, schöne Ferien und gute Erholung.

Herzliche Grüße
Ihr



Bernhard Seidenath

Regierungserklärung von Gesundheitsministerin Huml am 19. Mai 2015

Wie bekomme ich die bestmögliche Versorgung, wenn ich krank bin? Wie bleibe ich möglichst lange gesund? Und: Wie kann ich in Würde alt werden? Diese drei Fragen stellte Staatsministerin Melanie Huml in den Fokus ihrer Regierungserklärung.

Bernhard Seidenath, gesundheitspolitischer Sprecher unserer Fraktion lobte die Regierungserklärung als "überaus gehaltvoll" und betonte, dass sich am Umgang mit den Kranken und Schwächeren die Humanität unserer Gesellschaft zeige.

[Weiterlesen](#)

Freiheit oder Sicherheit? – Bessere Rechtsetzung in Europa

Unter dem Motto „Moderner Staat“ hat die CSU-Fraktion die Zukunft staatlichen Handelns auf die Tagesordnung der Politik gesetzt. Wesentliche Aspekte dabei sind eine bürgernahe und effektive Verwaltung, Transparenz und die Bereitschaft, neue, innovative Wege zu gehen.

Die Musik des staatlichen Handelns spielt dabei immer mehr in Europa: Ein Großteil der neuen gesetzlichen Bestimmungen kommt heute aus Brüssel. Die steigende Anzahl neuer Verordnungen sehen viele Bürger zunehmend kritisch: Mehr als ein Drittel der Menschen in Deutschland verbindet Europa inzwischen vor allem mit zu viel Bürokratie.

Bayerns ehemaliger Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat dieser Bürokratie den Kampf angesagt und berichtete in der Fraktionssitzung diese Woche über die Ergebnisse und Erfahrungen in seinem Brüsseler Ehrenamt zum Bürokratieabbau. Unter seiner Leitung hatte eine hochrangige Gruppe zum Bürokratieabbau in der EU von 2007 bis 2014 über 45 Stellungnahmen eingereicht und ein Sparpotenzial von 41 Milliarden Euro aufgezeigt.

[Weiterlesen](#)

Finanzminister Söder stellt Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung vor

Finanzminister Dr. Markus Söder informierte die Fraktion in dieser Woche über die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2015. Die aktuelle Entwicklung der Steuereinnahmen ist positiv: Die erwarteten Einnahmen für Bund, Länder und Kommunen für 2015 wurden gegenüber der letzten Schätzung im November 2014 leicht nach oben korrigiert.

Bayern erwartet für 2015 im Vergleich zur letzten Steuerschätzung Zusatzeinnahmen von 352 Millionen Euro. Für 2016 wird mit einem weiteren Plus von 544 Millionen Euro gerechnet. Von den knapp 900 Millionen Euro wird der bayerischen Staatskasse aber nur gut die Hälfte der Mehreinnahmen bleiben. Grund hierfür ist die geplante Erhöhung des Kindergelds und die Steuerfreistellung des Existenzminimums. Die angekündigte Absenkung der kalten Progression ab 1. Januar 2016 reduziert die Mehreinnahmen im nächsten Jahr um weitere rund 100 Millionen Euro. Zudem stehen den prognostizierten Steuermehreinnahmen auch noch erwartete Haushaltsverschlechterungen insbesondere im Asylbereich gegenüber.

Erbschaftsteuerreform - Erhalt von Arbeitsplätzen hat höchste Priorität

„Die Erbschaftsteuerreform darf die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Baden-Württemberg und Bayern nicht gefährden!“ Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, und Guido Wolf, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, legen im Zuge der Erbschaftsteuerreform höchste Priorität auf den Erhalt von Arbeitsplätzen.

„Wenn Erben Teile des Unternehmens verkaufen müssten, um die Erbschaftsteuer bezahlen zu können, kann das verheerende Folgen für Arbeitnehmer haben“, verdeutlicht Kreuzer. In einem gemeinsamen Eckpunktepapier haben die beiden Fraktionsvorsitzenden daher zentrale Forderungen für die Reform formuliert.

[Weiterlesen](#)

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie im öffentlichen Dienst

In dieser Woche hat der Bayerische Landtag in erster Lesung den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst in Bayern behandelt. Hauptanliegen des Entwurfs ist es, die Arbeitszeit weiter zu flexibilisieren und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. „Mit dem Gesetzentwurf werden die Forderungen der Arbeitsgruppe zum öffentlichen Dienst nach mehr Vereinbarkeit umgesetzt“, freute sich die Vorsitzende des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Ingrid Heckner.

[Weiterlesen](#) [Gesetzentwurf](#)

Die Woche in Bildern

Königlicher Besuch im Maximilianeum: Das dänische Kronprinzenpaar, Kronprinz Frederik und Kronprinzessin Mary, besuchte diese Woche Deutschland und war unter anderem auch im Bayerischen Landtag zu Gast. Mehr Impressionen der Woche gibt es [hier](#).

Bernhard Seidenath: Kiffer-Club in München ist kompletter Irrweg

Die mögliche Einrichtung eines „Cannabis Social Clubs“ in München hält Bernhard Seidenath, gesundheitspolitische Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, für einen „kompletten Irrweg“.

Seidenath: „Die gesundheitlichen Folgen eines Cannabis-Konsums sind gravierend, gerade für Jugendliche. Ein Modellversuch, der allein das Ziel hat, das Kiffen zu erleichtern, würde diese Gefahren verharmlosen. Er würde allen Bemühungen, möglichst viele Menschen vom Drogen-Konsum abzuhalten, einen Strich durch die Rechnung machen. Der Münchner Gesundheitsreferent, der den Grünen angehört, sollte sich Gedanken darüber machen, wie er eine Drogenkarriere von Kindern und Jugendlichen verhindern kann – und nicht den Strömungen aus seiner Partei nachgeben. Allein der Antrag auf einen Modellversuch sendet an junge Leute schon das Signal aus: ´alles nicht so schlimm`. Dies ist falsch: Cannabis ist eine hoch psychoaktive Substanz und setzt die Hemmschwelle für härtere Drogen herab. Eine Legalisierung – auch in einem Modellversuch – würde nur neue Konsumenten erzeugen. Insbesondere ein früher Einstieg in den Cannabiskonsum zieht unter Umständen dauerhafte Folgeschäden nach sich. Hierzu zählen neben der Gefahr einer Abhängigkeitsentwicklung auch langfristige kognitive Beeinträchtigungen und die Erhöhung des Risikos für die Entwicklung einer schizophrenen Psychose sowie weiterer psychiatri-

scher Erkrankungen. Daneben führt regelmäßiger Cannabiskonsum auch zu einem erhöhten Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Lungenkrebs. Deshalb muss es bei der harten Linie und null Toleranz bleiben, und zwar ohne Ausnahme oder Modellversuch. Der Gesundheitsreferent sollte seine unseligen Überlegungen deshalb sofort einstampfen.“

Steuerfahndung und Sonderkommission schwerer Steuerbetrug

Kürzlich erhielt ich von Finanzminister Dr. Markus Söder einen Informationsbrief zum Thema Steuerfahndung. Lesen Sie diesen hier im Wortlaut:

"Lieber Bernhard,

die "Sonderkommission schwerer Steuerbetrug" (SKS) bei den Finanzämtern München und Nürnberg-Süd widmet sich als Spezialeinheit innerhalb der Steuerfahndung besonders komplexen Fällen der Steuerhinterziehung und besteht mittlerweile seit zwei Jahren. Auf Nachfrage möchte ich aus diesem Anlass über die Ergebnisse des Steuerfahndungsdienstes der letzten beiden Jahre (2013 und 2014 zusammengefasst) informieren.

Die Zahlen sprechen für sich:

- Abgeschlossene Prüfungen 3.283
- Mehrsteuern rd. 633 Mio. Euro
- Mehrergebnis pro Fall rd. 193.000 Euro im Durchschnitt
- Freiheitsstrafen rd. 691 Jahre
- Geldstrafen rd. 12,7 Mio. Euro

Beim durchschnittlichen Mehrergebnis pro Fall liegt Bayern seit Jahren im Bundesvergleich an der Spitze. Ein deutlicher Anteil der Erfolgsbilanz entfällt mit allein rund 170 Mio. Euro Mehrsteuern und rd. 93 Jahren verhängten Freiheitsstrafen auf die Tätigkeit der SKS, deren Personal seit ihrem Start im Frühjahr 2013 deutlich aufgestockt wurde. Gegenüber ursprüngliche 45 Mitarbeitern wird die Personalausstattung bis zum Herbst dieses Jahrs mit 107 Mitarbeitern mehr als doppelt so hoch sein.

Die SKS befasst sich insbesondere mit Fällen der Steuerhinterziehung bei bandenmäßiger oder gewerbsmäßiger Begehung - etwa bei Umsatzsteuer-Karussellen - sowie mit der Bekämpfung schwerer Steuerdelikte, sei es im Internethandel, in Verbindung mit organisierter Kriminalität oder auch mit Geldwäsche.

Aktuell ist vor allem die Terrorismusfinanzierung eine große Herausforderung. Sie steht meist mit Geldwäsche in unmittelbarem Zusammenhang. Gerade Finanzbehörden können im Zusammenhang mit steuerlichen Informationen auch Erkenntnisse über einschlägige „Problemgelder“ gewinnen. Diese Erkenntnisse müssen genutzt werden.

Deshalb wird innerhalb der SKS zentral für Bayern ein festes Team eingerichtet, das ausschließlich den zuständigen Sicherheitsbehörden (insbesondere LKA, Verfassungsschutz) sowie ausländischen Steuer- und Sicherheitsbehörden als Ansprechpartner zur Verfügung steht und die relevanten Unterlagen zur steuerstrafrechtlichen und steuerrechtlichen Bewertung entgegen nimmt. Gewonnene Erkenntnisse werden unverzüglich dem Bundeskriminalamt und den zuständigen Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt.

Die Steuerfahndung in Bayern arbeitet hocheffizient und verhilft zu mehr Steuergerechtigkeit. Dies belegen die Zahlen eindrucksvoll. Aber die Steuerkriminalität steht nicht still und findet immer neue Wege. Deshalb arbeiten wir - auch im Interesse des ehrlichen Steuerzahlers - konsequent daran, die Schwerpunkte stets den aktuellen Herausforderungen anzupassen."

Zahl der Woche: 1035

Der Ministerrat hat diese Woche eine weitere Verbesserung der finanziellen Ausstattung von Kindertageseinrichtungen beschlossen. Der für die Förderung maßgebliche Basiswert von derzeit 982,06 Euro wird auf 1.035,75 Euro angehoben.

Nach dem Ausbau eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots setzt Bayern nun den Fokus verstärkt auf Qualitätsverbesserungen. Durch den erhöhten Basiswert steigt die gesetzliche kommunale und staatliche Leistung um insgesamt bis zu 126 Millionen Euro jährlich. Die Einrichtungen erhalten so unbürokratisch mehr Geld. Und mehr Geld bedeutet mehr Qualität für die Bildung, Erziehung und Betreuung der etwa 500.000 Kinder in den bayerischen Kindertageseinrichtungen.